

## Öffentliche Anhörung zur Konzessionsrichtlinie im EP

Bereits mehrfach hat der VÖWVG in den vergangenen Monaten auf die laufenden Verhandlungen zur Neuregelung der Vergabe von Konzessionen hingewiesen. Am 21. März wurde nunmehr die Behandlung im Europäischen Parlament mit einer [öffentlichen Anhörung](#) im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) zu strittigen Fragen des Richtlinienvorschlags fortgesetzt. Unter Vorsitz von MEP Malcolm Harbour (UK) und Rapporteur MEP Philippe Juvin (FRA) bekamen VertreterInnen zahlreicher Stakeholder die Gelegenheit, den zuständigen ParlamentarierInnen ihre Sicht der Dinge im direkten Gespräch mitzuteilen.

Der [vorliegende Richtlinienvorschlag](#) der Europäischen Kommission ist nicht akzeptabel: Neben einer Einschränkung von Handlungsspielraum und Autonomie lokaler Leistungserbringer würden die Änderungen auch zu mehr Bürokratie führen. Als Vorsitzender des zuständigen Ausschusses des CEEP (Europäischer Dachverband der öffentlichen Wirtschaft) legte Rainer Plassmann (Stadtwerke Köln) ein Plädoyer für mehr Flexibilität bei der Neuregelung und eine stärkere Einbeziehung der WissensträgerInnen vor Ort ab. Er wies darauf hin, dass die immer höhere Regelungsdichte die Möglichkeiten der Versorger einschränkt und qualitativ hochwertige Leistungserbringung zu angemessenen Preisen unnötig verkompliziert. Da durch die Richtlinie jedenfalls kein Mehrwert zu erwarten ist, ruft der CEEP die ParlamentarierInnen dazu auf, die dürftige Folgenabschätzung der Europäischen Kommission neu aufzurollen. Diese Einschätzung orientiert sich eng an der Meinung des Europäischen Parlaments vom im Mai 2010: Jede Gesetzesinitiative im Bereich Konzessionsvergabe muss zunächst eine hinreichende Störung des Binnenmarktes durch die bisherige Praxis nachweisen.

Auf nationaler Ebene haben sich bisher insbesondere der deutsche Bundesrat, beide Kammern des österreichischen Parlaments und der spanische Senat gegen die Richtlinie ausgesprochen. Auf europäischer Ebene ist vor allem im Ministerrat Gegenwind für die Richtlinie zu erwarten, da sich neben Österreich auch Frankreich, Belgien und Niederlande skeptisch geäußert haben. Im Europäischen Parlament hat sich bisher lediglich die S&D-Fraktion für die Richtlinie ausgesprochen, da sie im Interesse der Rechtssicherheit eine Regelung für notwendig, den Vorschlag der Europäischen Kommission aber dennoch für überzogen hält. Der Verband wird sich in Brüssel auch weiterhin einbringen, um Verbesserungen zu erreichen.

Der weitere Zeitplan sieht eine Erörterungen des Richtlinienvorschlags Ende Mai im Ministerrat vor. Mit dem Bericht des Rapporteurs im Europäischen Parlament ist Ende April zu rechnen. [Weiterführende Links und Unterlagen finden Sie auf unserer Website.](#)

Für weitere Fragen stehen wir gerne zur Verfügung!

Herzlichst,  
Ihr [VÖWVG](#)- und [VKÖ](#)-Team

Rückfragehinweis: [Thomas.Tannheimer@voewg.at](mailto:Thomas.Tannheimer@voewg.at)